

Protest gegen SPD-Einheitsschule

Die SPD will das Fach Religion aus der Schule verdrängen. Zur Zeit verdrängt sie damit jedenfalls in der öffentlichen Wahrnehmung den nicht minder zukunfts-schädlichen Beschluss, in Berlin die Einheitsschule einführen zu wollen.

„Der Einheitsbrei, der hier gekocht wird, wird nicht schmecken“, kommentiert Gerhard Schmid, Vorsitzen-

Gymnasien und Realschulen zu Gunsten einer Zwangs-Gemeinschaftsschule bis zur Klasse 10 geplant wird. Berlin besitze bereits, so Schmid, mit der sechsjährigen Grundschule eine Einheitsschule mit einem im Ergebnis selbst unter SPD-PDS-regierten Bundesländern äußerst schwachen Leistungen. Dies hätten zuletzt die Orientierungs-

Schüler erreicht hätten. Nur so konnte, sagt der CDU-Vertreter, Deutschland einige Plätze im internationalen Vergleich gut machen. Viele Eltern verließen mit ihren Kindern schon jetzt ab der 5. Klasse diese Gemeinschaftsschule in Richtung Privatschulen und Gymnasien, sagt Schmid. „Wir wollen von jedem und für jeden das Beste, nicht nur von allem etwas“, beschreibt Schmid die Position der CDU. In Deutschland hätten mit Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen drei Länder mit einem klar gegliederten Schulsystem und Übergang nach der 4. Klasse in die weiterführenden Schulen die besten Ergebnisse bei PISA erzielt und könnten so mit den besten Ländern der Erde in Sache Schulbildung mithalten. Es stimme zwar, dass in Deutschland der Schulerfolg stark von der sozialen Herkunft abhängt. Aber insbesondere auch deswegen, weil es in Deutschland mehr bildungsferne Eltern und bildungsferne Familien mit Migrationshintergrund gebe als in den anderen Ländern. „Die Problemgruppe, die verursacht, dass Deutschland im internationalen Vergleich

nur im Mittel-feld landet, sind die Migrantenkinder der ersten Generation, die zwar in Deutschland geboren wurden und hier zur Schule gingen, aber weder ausreichend Deutsch können noch kulturell integriert sind“, stellt Gerhard Schmid fest.

Die Mehrzahl der Eltern, die in Berlin die beste Bildung für ihre Kinder wollten, wollten mit der CDU eine Schulstruktur, die das natürliche Streben der Kinder nach

Wissen und Leistung sowie die Vielfalt der Begabungen berücksichtigt. Schmid:

„Ein vielfältig gegliedertes öffentliches Schulwesen bei großer Durchlässigkeit ohne Sackgassen ist das Ziel der CDU, d.h. z.B. mehr Begabtenförderung durch Ausbau der Möglichkeit nach der 4. Klasse zum leistungsabhängigen Übergang auf die Oberschulen.“



Bildungssenator Böger (SPD) wird mit dem Protest konfrontiert.

der des Forums Schulpolitik und berufliche Bildung in der CDU Berlin die SPD-Beschlüsse. Autoritär und leistungsfeindlich sei das von der SPD auf dem Parteitag beschlossene Konzept, nach dem die Abschaffung der erfolgreichen Schularten

arbeiten in den 4. Klassen in Deutsch und Mathematik gezeigt. Ebenso wie die im Jahre 2004 veröffentlichte PISA-Studie 2, wonach allein die Gymnasien in Deutschland in den Jahren seit PISA 1 große Fortschritte bei den Leistungen ihrer

der, dass SPD-Schulsenator Böger schweigt, wenn nach der Herkunft der Lehrer für das geplante Zwangsfach gefragt wird. Soll hier auf Druck der PDS etwa auch noch die Hintertür für ehemalige DDR-Staatsbürgerkinder-Lehrer geöffnet werden?



Frank Henkel und Christian Gäbler (SPD)

Religionsunterricht: SPD isoliert Berlin

Fortsetzung von Seite 1

Anstatt endlich das Berliner Schulsystem mitsamt allen Bestandteilen an den Standard der führenden Bundesländer anzupassen, will die Berliner SPD einen Rundum-Sonderweg beschreiten. Einheitsschule bis zur 10. Klasse und Staatswerte, statt freie Schulwahl und Wahlalternativen für die Werteerziehung. Wasschert es den rot-roten Senat, dass sich Berlin dereinst vor dem Umzugsbeschluss im Bundestag zu einer schulpolitischen Öffnung verpflichtete und bruchfreie Übergänge für Umzugsfamilien garantierte.

Wer den staatlichen Werteunterricht als Pflichtfach in den Vormittagsstunden einführt und einen freiwilligen Religionsunterricht nur in den Nachmittagsstunden ermöglichen will, entzieht

dem Angebot aller Kirchen die Grundlage. Die Union fordert daher die Pflicht zur Wahl zwischen einem



Joachim Zeller
CDU-Landesvorsitzender

neutralen Werteangebot und dem konfessionellen Religionsunterricht. Die Verpflichtung zu einem Staats-Werteunterricht ist dagegen ein Rückschritt in alte DDR-Zeiten. Kein Wun-

der, dass SPD-Schulsenator Böger schweigt, wenn nach der Herkunft der Lehrer für das geplante Zwangsfach gefragt wird. Soll hier auf Druck der PDS etwa auch noch die Hintertür für ehemalige DDR-Staatsbürgerkinder-Lehrer geöffnet werden?

Die Berliner CDU wird sich mit aller Kraft gegen die SPD-Pläne zur Wehr setzen. Sollte der Senat mit diesen Parteitagsbeschlüssen ernst machen, wird die Union nicht nur eine Verfassungsklage prüfen, sondern gemeinsam mit Kirchengemeinden und Eltern gegen den staatlichen Werteunterricht mobilisieren. Die Berliner Sozialdemokraten täten ungeachtet dessen und zum Wohle der Stadt gut daran, dieses Vorhaben zu stoppen.

Die Lösung aus dieser Misere liegt nicht in einem Einheits-schulsystem, sagt die CDU Berlin, sondern notwendig ist:

- eine **Familienpolitik**, die die Erziehungskraft der Eltern in sozial schwachen Familien und in Migrantenfamilien stärkt, ggf. auch Druck ausübt zu diesem Zweck,

- eine Einschulung der Kinder nur bei „**Schulfähigkeit**“, d.h. nur mit ausreichenden Deutschkenntnissen sowie mit Fähigkeiten und Fertigkeiten, die eine erfolgreiche Teilnahme am Grundschulunterricht ermöglicht - ansonsten greift eine Vorklassenpflicht für Kinder ab 4 1/2 Jahren,

- die Stärkung und Durchsetzung von Leistungs- und Anstrengungsbereitschaft und die Vermittlung und Förderung von **Grundtugenden** wie Fleiß, Ehrgeiz, Verlässlichkeit,

- Diagnostik und **flexible Förderung** von Begabungen ab Schulbeginn - es gilt dem einzelnen Kind zu helfen, seine Persönlichkeit und seine Fähigkeiten zu entwickeln,

- **Begabtenförderung**, d.h. Ausbau der Möglichkeiten nach der 4. Klasse zum leistungsabhängigen Übergang auf die Oberschulen (Zugang zur Realschule nur mit Realschulempfehlung, Zugang zum Gymnasium grundsätzlich nur mit Gymnasialempfehlung, Zugang zur Gesamtschule nur mit mindesten je 1/3 realschul- und gymnasialempfohlener Schüler).